

Volkswacht

für Schlesien

Wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Marktstraße 4/5, durch die Filialen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5 und Friedrichstraße 105, Mathiasstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. Der Preis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerpreis im Voraus 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Dazu die Post einricht. Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21232, Redaktion 21238
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau
Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Besetzungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Marktstraße 4/5 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Schon wieder schweres Grubenunglück

Abermals 100 Menschen durch Schlagwetter getötet

Saarbrücken, 27. Oktober. (Eig. Funkbericht.) Die Opfer der Alsdorfer Katastrophe waren am Abend noch nicht reiflos der Erde übergeben, als eine neue Katastrophe wie ein Lauffeuer Deutschland durchheulte. Schlagwetterkatastrophe heute die vierte Sohle der in der von Saarbrücken gelegenen Manbach-Grube heimgejagt. Sie forderte annähernd 100 Menschenleben. Es wurden bereits bis Sonnabend 21 Uhr geborgen, 4 Tote sind noch unter Tage, da sie vorläufig nicht geborgen konnten. Außerdem befinden sich 21 Schwerverletzte in den Krankenhäusern, von denen fünf kaum mit dem Leben davon zu kommen dürften. Die französische Grubenverwaltung gibt über die Katastrophe folgenden Bericht: Am Sonnabend, dem 25. Oktober, gegen 14,30 Uhr, ereignete sich in der vierten Tiefbau-Sohle der Grube Manbach ein Schlagwetter-Kohlenstaubezugs-Explosion. Die beiden Abteilungen der Steigerabteilung IX wurden von der Explosion heimgesucht. Sie konnte aber auf die benachbarten Abteilungen übergreifen, da die Gesteinsstaubsperrungen in dieser Grube nicht durch die Gesteinsstaubtrennung das weitere Übergreifen der Explosion verhinderte. Da die Weiterführung der Rettungsarbeiten sofort angesetzt wurde, konnten die Rettungsarbeiten sofort aufgenommen werden.

Untersuchung über die Ursache der Katastrophe innerhalb der Grube noch nicht beginnen konnte. Man will jedoch unter Beteiligung der Gewerkschaften versuchen, die Unglücksstelle am Montag morgen zu befehlen. Die Erklärung, die sofort nach den ersten Meldungen der Katastrophe kursierte, und nach denen eine Benzol-Lokomotive im Querbau der vierten Sohle explodiert sein sollte, trifft nicht das Richtige. Die in dem Querbau arbeitenden beiden Lokomotiven sind Prellluftmaschinen. Sicher ist jedoch, daß an dem Explosionsherd wegen der auftretenden Schlagwetter

Kändig unter Aufsicht gearbeitet wurde, damit bei Gefahr sofort eingegriffen werden konnte. Der Vorhauer, der die Aufsicht kurz vor der Katastrophe leitete, kann keine Beobachtungen leider nicht mehr weiter geben. Er ist tot.

Am schwersten ist die Gemeinde Quierichied von der Katastrophe betroffen. Hier hat das juchende Unglück in fast jeder zweiten Familie eine schwere Lücke gerissen. In mehreren Fällen gingen Vater und Sohn gemeinsam in den Tod. Ein Teil der Opfer ist so verstreut, daß er wahrscheinlich nie identifiziert werden kann. Am Sonntagabend wurden bereits die ersten Särge angefahren. Wegen der zur Unerträglichkeit gestiegenen Hitze mußten gestern

Die Rettungsarbeiten eingestellt werden. Im Laufe des gestrigen Tages sind die Angehörigen der Rettungsglieder an die Bahnen geführt worden, um die Toten zu identifizieren. Die Bekehrungsfeierlichkeiten sind auf kommenden Mittwoch angelegt.

Tausende und abertausende von Telegrammen sind inzwischen an die Direktion und den Betriebsrat der Unglücksgrube gelangt. In allen, wo sie auch herkommen, wird den Hinterbliebenen der Toten und den Verletzten in den Krankenhäusern Beileid bzw. Genesung ausgesprochen.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat zur Verringerung der ersten Not der Opfer der Manbach-Katastrophe 200 000 Franken zur Verfügung gestellt. Außerdem sind die Landräte angewiesen, den in ihrem Kreis wohnenden Familien, die von dem Unglück betroffen wurden, sofort je 1500 Franken zu überweisen.

Die Katastrophe vor sich ging, befanden sich etwa 100 Menschen in der Grube. Ungefähr 100 wurden von der Katastrophe betroffen. Einige von ihnen konnten gerettet werden oder sich selbst vor Ort nicht es nach den Schilderungen der wenigen Lebenden fürchtbar aus. In wenigen Augenblicken haben die Wetter die Arbeiten von Monaten zerstört. Ein großer Bruch von 30 Meter Tiefe, etwa 5 bis 6 Meter Höhe, rief den Weg zu den Leichen. Die Rettungsglieder kehrten aus der Tiefe verkrüppelt, kohlenverstaubt, mit schmerzhaften Gesichtern zurück. Zwei Sanitäter wurden unter Vergiftungserscheinungen durch ihre Kameraden zu Tage geholt. Der eine, nachdem er kaum 50 Meter hat vordringen können, ist tot.

Der neue Haushaltsplan

Starke Bedenken der Sozialdemokratie

Die Reichsregierung hat am Freitag den Entwurf des Haushaltsplans für 1931/1932 veröffentlicht. Er soll in Einnahmen und Ausgaben mit 1930/1931 balancieren. Da der Reichshaushalt für das Jahr 1930/1931 die Höhe von rund 12 Milliarden erreichte, so würde das eine Senkung der Einnahmen und Ausgaben um rund 1500 Millionen bedeuten. Die Wichtigkeit dieser Angaben nachzuprüfen, muß man die Zahlen als die bisher veröffentlichten abwarten. Einkünfte haben wir den Eindruck, als ob die Rechnung der Regierung eine Fülle von sachlichen und politischen Fehlern enthält. Wir glauben infolgedessen, daß die Angabe der Höhe des künftigen Haushaltsbedarfs nicht wirksamer als in den Vorschlägen der Regierung noch keine Sicherheit für die Ausgestaltung des Reichsetats. Die sachlichen Fehler in der Rechnung der Regierung sind sich sowohl in der Schätzung der Einnahmen als in der der Ausgaben. Bei den Einnahmen treten im Ausfall infolge Rückgangs der Vermögenswerte, sowie der Verminderung der Vermögenswerte, der Aufbringungsumlage, der Umsatzsteuer, der Kapitalertragsteuer und der Obligationensteuer noch andere Ausfälle hinzu. Sie werden im wesentlichen hervorgerufen durch den Fortfall von einigen Einnahmen, die nur im Jahre 1930 erzielt wurden. Die für das Jahr 1931 aber nicht in Frage kommen. Die Einnahmen betragen 175 Milliarden. Dazu treten 30 Milliarden aus dem Verkauf von Reichsbahnvorzugsaktien, da nicht mehr als 200 Millionen in diesem Jahre aus dem Verkauf werden. Die Aufhebung der Kapitalertragsteuer dürfte 60 Milliarden kosten. Bereits auf der Einnahmenseite zeigt sich also eine Verschlechterung von 1500 Millionen gegenüber den Ausgaben der Regierung. Sachliche Rechenfehler scheinen sich auf der Ausgaben- und Einnahmenseite zu befinden. Die Verminderung der Zuschüsse der Arbeitslosenversicherung beträgt nicht 500, sondern 1000 Millionen. Der Aufwand für die Krisenfürsorge beträgt der dauernd steigenden Zahl von Arbeitslosen 200 Millionen mit 40 Millionen wesentlich zu veranschlagen. Vor allem aber sind die Kürzungen der Heberweisungen für Länder und Gemeinden kaum durchführbar, da sie bei den Heberweisungsbefugten der Gemeinden bestenfalls nur teilweise erfüllt werden. Die Beamten- und Arbeiterleistungen gegenüber keine hinreichende Ent-

lastung. Selbst die Inanspruchnahme der Steuerquellen für die Gemeinden aus der Verordnung könnte kein ausreichender Ersatz sein.

Aber weit wichtiger als diese sachlichen Fehler scheint uns die Tatsache zu sein, daß einseitigen die Regierung kaum für irgend einen ihrer Vorschläge eine sichere Mehrheit hat. Gegen die Heraushebung der Freigrenze bei der Vermögenssteuer von 5000 Mark auf 20 000 Mark, gegen die Freilassung der Umsätze unter 5000 Mark von der Umsatzsteuer wird man entscheidende Bedenken nicht geltend machen brauchen. Trotzdem bleibt die Frage, ob der jetzige Augenblick der Finanznot der richtige ist, um solche Steuerermäßigungen vorzunehmen, (??) zumal die Ersparnisse an Verwaltungskosten sich erst in späteren Jahren auswirken können. Wesentlich stärker sind die Bedenken gegen die Verminderung der Aufbringungsumlage um 120 Millionen, gegen den Fortfall der Kapitalertragsteuer und der Obligationensteuer. Das sind einseitige, in erster Linie den

Großbesitz entlastende Maßnahmen, die in der jetzigen Zeit überhaupt nicht verständlich sind. Völlig ablehnend steht die Sozialdemokratie dem Fortfall der Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung gegenüber, obwohl die Erhöhung der Beiträge auf 6% Prozent im Jahre 1931 sicher geringere Zuschüsse vom Reich verlangen wird als 1930. Einseitigen aber handelt es sich bei den Vorschlägen der Regierung um Pläne, die zwar im Zusammenhang mit den zweieinhalb Duzenden geplanten anderen Gesetzentwürfen in den nächsten Monaten Reichsrat und Reichstag sehr ausgiebig besprochen werden, deren Verwirklichung aber wohl kaum ohne große Änderungen möglich sein dürfte.

Sozialistischer Wahlsieg in Neu-Süd-Wales

London, 27. Oktober. (Eigener Funkbericht.) Bei den im Staate Neu-Süd-Wales (Australien) abgehaltenen Parlaments-Neuwahlen errang die Sozialistische Arbeiterpartei einen überwältigenden Sieg. Die bisherige nationalistische Regierung Gavin verlor ihre Mehrheit. Insgesamt stehen 650 000 Arbeiterstimmen 520 000 bürgerlichen Stimmen gegenüber. Die Labour-Party verfügt im neuen Parlament über 54 Sitze (bisher 49). Die Nationalisten haben 23 (bisher 35) und der Bauernbund 13 (bisher 13). Der Führer der Labour-Party, Lang, wird die neue Regierung bilden.

Zwei Wahlerfolge der französischen Sozialisten

Paris, 27. Oktober. (Eigener Funkbericht.) Die Sozialistische Partei Frankreichs hat am Sonntag wieder zwei eindrucksvolle Wahlerfolge zu verzeichnen gehabt. Bei einer Nachwahl zur Kammer in Marseille wurde der sozialistische Kandidat Ambrosini mit 4642 Stimmen gewählt. Der radikale Gegenkandidat erhielt nur 2938 und der Kommunist nur 2673 Stimmen. In dem 20. Pariser Arrondissement, wo vor 14 Tagen der Sozialist Jardel zur Kammer gewählt worden war, wurde am Sonntag der sozialistische Kandidat Schniger in den Pariser Stadtrat gewählt. Er erhielt 4119 Stimmen, während sein kommunistischer Konkurrent mit 2787 Stimmen auf der Strecke blieb.

Neue Mordtat der Nazis

Dortmund, 25. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der Nacht zum Sonnabend kam es in Dortmund zu blutigen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Ein 16-jähriger Teilnehmer an den Zusammenkünften der Mitgliederversammlung der Jugendorganisation ist erlag am Sonnabend im Krankenhaus der erlittenen schweren Schußverletzung. Insgesamt wurden zehn Personen verletzt. Die Nationalsozialisten gaben auf die Kommunisten nach den amtlichen Feststellungen nicht weniger als 25 Schüsse ab.

Echt kapitalistisch!

Köln, 25. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Ein Arbeiter aus Menden bei Siegburg konnte dieser Tage auf das 40-jährige Arbeitsjubiläum bei den Kölscher-Brücker A. G. Abteilung Mahlen in Troisdorf zurückblicken. Die Firma überreichte dem Jubilar ein Geschenk von 180 Mark und die — Kündigung.

Hapagdampfer „Baden“ an der brasilianischen Küste beschossen

20 Tote und 35 Verwundete

Rio de Janeiro, 25. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Hapagdampfer „Baden“ wurde am Freitagabend bei seiner Ausfahrt aus dem hiesigen Hafen, kurz nach dem Uebergang der Nacht in die Hände der Aufständischen, von dem Küstenort Capablanca aus beschossen. Der Bug des auslaufenden Schiffes wurde von einer Granate getroffen. 20 Personen wurden getötet, 35 zum Teil schwer verwundet. Die Opfer sind spanische Auswanderer, die nach Buenos Aires reisen wollten. Als die „Baden“ getroffen war, machte sie sofort kehrt und fuhr mit der Flagge auf Halbmast in den Hafen ein. Die Reparatur des Schiffes wird mehrere Tage in Anspruch nehmen. Von den brasilianischen Amtsstellen wird erklärt, daß die Beschädigung des Schiffes auf eine Verkettung unglücklicher Umstände zurückzuführen ist.

meldet. Einer der Toten ist deutscher Staatsangehöriger. Es ist der Heizer Willi Müller. Alle anderen Opfer sind spanischer Nationalität. Der Kapitän der „Baden“, Rollin, ist von den brasilianischen Behörden verhaftet worden, da ausschließlich er für den Zwischenfall verantwortlich sein soll. Es wird darauf verwiesen, daß die Batterie des betreffenden Forts ausdrücklich Warnungssignale gegeben habe, die Rollin jedoch nicht befolgt hätte. So sei es zu dem bedauerlichen Mißverständnis gekommen.

Sogar 27 Tote — Der Kapitän soll Schuld haben
Rio de Janeiro, 27. Oktober. (Eig. Funkbericht.) Die Beschädigung der „Baden“ durch die Batterie eines brasilianischen Forts hat nicht nur 20, sondern 27 Tote gefordert. Außerdem werden 35 Schwere- und etwa 30 Leichtverletzte ge-

Hamburg, 27. Oktober. (Eig. Funkbericht.) Die Hamburg-Amerika-Linie teilt mit, daß sie unter dem Schutze der „Baden“ 30 Reichsdeutsche befinden. Davon sind 3 Passagiere und 3 Angehörige der Besatzung. Auch unter den Leichtverletzten befinden sich mehrere Reichsdeutsche. Hinsichtlich der Komplikation gegen den Kapitän der „Baden“ verweist die Hamburg-Amerika-Linie darauf, daß Rollin ein alter erfahrener Schiffsführer sei, der seit vielen Jahren die Südamerikanische Route befahre und alle internationalen Regeln und Vorschriften durchaus beherzige.

Die innere Freiheit verrät, kann auch die äußere nicht erringen

Obbe und Breitscheid sprechen in Wien

Wien, 27. Oktober. (Eigener Kurierbericht.) Die Wiener Sozialdemokratie veranstaltete am 25. und 26. Oktober in den größten Sälen Wiens Massenversammlungen für den Anschlussgedanken. Es sprachen Obbe, Breitscheid und Crispian von den Sozialdemokraten.

Der sozialdemokratische Parteipräsident Obbe wurde überall stürmisch begrüßt. Er sprach über die innere Freiheit und Selbstbestimmung nach innen für die Bürger des Staates ist untrennbar verbunden mit der Freiheit nach außen. Wer die Selbstbestimmung eines Volkes verrät, wird verächtlich umschaut. Nicht rückwärts den Faschismus, nicht dem Faschismus, der die deutschen Republiken in Tirol unterdrückt, sondern vorwärts zur Freiheit der Donau bis zum Rhein, das Recht und die Freiheit des Völkers soll. Euer Heimwehrgeist hat gedroht, daß er eurer Führer in den Sand rollen. Eure Führer schreit nach Freiheit. Auch wenn es hart auf hart geht, werden wir die vorberstehende Reihe des Proletariats stehen und nicht aus dem Ausland verschwinden, wie andere Führer zu anderen Völkern wollen. Unsere Köpfe sollen fallen. Aber auch Tausende, auch Millionen nicht enthaupen. Auf eurer Arbeit ruht der Widerstand des Reichs und Deutschlands. Ihr verteidigt die Freiheit der Zukunft.

Breitscheid, ebenfalls stürmisch begrüßt, erklärte zu dem die deutsche Sozialdemokratie keinen jehtlicheren Feind als die beiden Völker über ihre Grenzen hinaus. Denn wir sind nicht die Hände reichen mögen. Denn wir sind nicht die Hände reichen, sondern ein Volk. Erst dann, wenn die Freiheit besteht, daß Deutschland und Oesterreich im Herzen einen einen Blut der Freiheit, der Demokratie, des Sozialismus einen Blut des Friedens bilden, dann hat dieser Anschluss einen Sinn, wie wir ihn ihm gegeben haben. Sorgen wir dafür, am 9. November auch in Oesterreich die Wahlen einen Ausgang nehmen.

Crispian stellte mit Benutzung fest, daß auch in Deutschland der Faschismus es nicht vermocht habe, die feste Sozialdemokratie zu durchbrechen. Wie bei uns, so auch hier die Sozialdemokratie gegenwärtig um die Errungenschaften, die die Vorbereitung sind für die politische Befreiung des Proletariats. Die Reaktion wird nicht eure Errungenschaften vernichten können, weil sie das Proletariat vernichten müssen. Vielleicht können die Proletarier meucheln, wie das in Deutschland und in England schon so oft geschehen ist, aber das Proletariat selbst ist nicht überwinden. Es wird seine geschichtliche Aufgaben und mit unerschrockenem Mut vordringen für die politische Freiheit.

Wie dem ihrer Selbstesart doch wesenstremden Faschismus die Kastanien aus dem Feuer holen hilft. Man hat zwar ein großes Geschäft mit ihm gemacht, aber erstens weiß man noch nicht, wie weit man dabei betrogen ist, zweitens vermeidet man jede Bloßstellung.

Trotzdem sprechen die Symptome dafür, daß in Italien etwas Neues vorgeht. Die Unternehmer, die den Marsch auf Rom finanzierten, haben undant geerntet und keineswegs das Paradies gefunden, das sie erwarteten, als sie ihren Abgeordneten ausschickten, damit er die unbequem fordernden sozialdemokratischen Gewerkschaften zerschlage. Sie stehen jetzt in den Zwangssyndikaten des Korporativsystems und haben ihre frühere Handlungsfreiheit verloren. Sie sind von Gelehen bedroht, wie dem neuesten, das ihre Geschäftspraxis, bei dem von ihnen kontrollierten Gesellschaften je nach Bedarf Anleihen aufzunehmen, mit Gefängnis bedroht hat. Sie fürchten sogar, daß der Mann, der den Sozialismus verraten hat, in ein neues Extrem verfallen könnte. In Wirklichkeit wird der Faschismus dem Kapital nie etwas antun. Nur die Methoden sind bolschewistisch, der Inhalt nie. Immerhin kann die italienische Wirtschaftskrise, die immer neue Opfer fordert und die Mussolini dieser Tage zum ersten Male zugeben mußte, in einer Diktatur, in der alles bis zum letzten Moment verheimlicht wird, weit größere Katastrophensituation erzeugen, als in einer Demokratie. In diesem Augenblick würde sich die Frage ergeben, ob die Macht des Faschismus wirklich groß genug ist, dieser Situation mit den alten Mitteln zu begegnen.

Die Wahrheit muß man sehen: alle materielle und politische Macht ist in den Händen des faschistischen Regimes. Alle Waffen stehen, zunächst einmal bedingungslos, zu seiner Verfügung. Auf der Gegenseite gibt es nichts, gar nichts, keine Waffen, keine Organisation, keine zentrale, sammelnde Kraftquelle. Alles zerschlagen und zersplittert. Niemand kann sich rühren, ohne daß er beobachtet wird. Es ist gar nicht daran zu denken, daß irgendeine gewalttätige Erhebung möglich ist, wenigstens solange Mussolini lebt. Niemand darf sich da falschen Illusionen hingeben. Der Faschismus steht in Italien nicht vor seinem Ende, genau so wenig, wie der Bolschewismus in Rußland wirklich erledigt ist. Dennoch wird der Faschismus, wenn er klug geführt wird, zu Konzessionen kommen. Wie diese Konzessionen, zu denen jene Zeitung selber aufforderte, am Ende aussehen werden, darüber steht noch nichts fest. Auf keinen Fall so, daß die Macht des faschistischen Regimes wirklich ernsthaft erschüttert wird. Vorläufig wenigstens nicht. Die große Hoffnung auf ein „faschistisch“ werdendes Deutschland darf sich freilich nicht erfüllen. Denn eine faschistische Diktatur in Deutschland bedeutet für die in Italien innenpolitisch wie außenpolitisch den größten Triumph. Ein Triumph, der nicht allein in Italien, der in ganz Europa die schlimmsten Rückwirkungen haben würde. Ein Triumph, der zum Kriegsgeheul in Europa würde...

Eine Schande für das Deutsche Volk!

Daß ein bester Arbeiter bei den Nazis im Reichstag sitzt, die Nationalsozialisten haben - u. a. den Bremer Mörder Heines in den Reichstag delegiert. Dazu schreibt der „Preßedienst der Zentrumsparterie“ neuerdings: „Ist es nicht geradezu eine Schande für die deutsche Volksvertretung, daß eine solche Persönlichkeit überhaupt im „Haus des deutschen Volkes“ sitzen kann, und daß sich eine Partei findet, die ihn wie einen Helden feiert? Wollen sich nicht die nationalsozialistischen Wähler sagen, daß man sie mit der Präsenzierung eines solchen Mannes geradezu beleidigt hat?“

Aus den Parlamentsausschüssen

Die Ausschüsse des Reichstags haben die erste Beratung der Regierungsvorlage über die Wahlreform abgeschlossen. Eine zweite Lesung ist für den 3. November in Aussicht genommen. Die Verabschiedung der Wahlreformvorlage durch das Plenum des Reichstags dürfte dann am Donnerstag den 6. November, erfolgen.

Im Rechtsausschuss des Reichstags führt der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Frank II. Klagen den Vorsitz. Stellvertreter des Vorsitzenden ist der sozialdemokratische Abgeordnete Landsberg. Der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Kahl, der im alten Reichstag den Vorsitz des Rechtsausschusses wie des Strafrechtsausschusses hatte, gehört dem Rechtsausschuss nicht mehr an. Er wird den Vorsitz des neu zu bildenden Strafrechtsausschusses erhalten.

Langsame Auflösung der Demokratischen Partei

Aus der Deutschen Demokratischen Partei Württembergs sind jetzt auch die bekannte Frauenrechtlerin und frühere Abgeordnete Mathilde Pflanz und die Dichterin Anna Schieber ausgetreten. Es ist bemerkenswert, daß nach dem vor einigen Tagen gemeldeten Austritt der Vorsitzenden der Frauengruppe, Frau Dr. Oswald, und der Stuttgarter Gemeinderätin, Frau Dr. Kopp, eine Verammlung der Frauengruppe mit der einstimmigen Annahme einer Sympathie-Erklärung für die ausgetretenen Frauen erbeutet. Die Demokratische Partei scheint allmählich immer mehr in einen Zustand völliger Auflösung hineinzugehen.

Neue Unruhen in Bombay

Am Sonntag kam es in Bombay wiederum zu großen Demonstrationen. Der verbotene allindische Kongress versuchte, eine Tagung abzuhalten. Auch die allindische Flagge wurde über dem Tagungslokal gehißt. Die Polizei versuchte, die Führer zu verhaften. Die Menge begann jedoch mit Steinen zu werfen, worauf die Polizei durch berittene Truppen verstärkt wurde. Bei den darauf folgenden Kämpfen wurden 20 Demonstranten zum Teil sehr schwer verletzt. Die Festnahmen sind überfällig.

Der Arbeitsplan der britischen Arbeiterregierung

Zahlreiche große Reformen geplant London, 25. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag beginnt nach dreimonatiger Sommerpause die neue Sitzungsperiode des englischen Parlaments. Wie üblich wird die Tagung durch eine Thronrede eingeleitet werden, die die wichtigsten Regierungsvozlagen aufzählt.

In erster Stelle stehen wiederum die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrise. Es folgen Ankündigungen über die Agrarreform, die Rationierungsarbeiten, die Kommunalisierung und Zusammenfassung der Londoner Verkehrsmittel und die neue Erhöhung des schulpflichtigen Alters, ferner über die Schulreform und vor allem über die Wiederherstellung der den Gewerkschaften im Jahre 1927 durch ein konservatives Ausnahmegesetz genommenen Rechte und Freiheiten. Damit wird die Regierung eine der dringendsten Forderungen des letzten Gewerkschaftskongresses und des Arbeiter-Parteitages erfüllen und ihr in London gegebenes Versprechen einhalten. Daß sich die Regierung hierzu die Stimmen der Liberalen sichern möchte, ist selbstverständlich, denn ohne eine Parlamentsmehrheit wäre der Wunsch der Gewerkschaften nicht durchzuführen.

Als Kompromißleistung scheint den Liberalen eine Reform des Wahlrechts zugestanden worden zu sein. Verschiedene Andeutungen lassen jedenfalls darauf schließen, daß die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Liberalen über eine solche Reform abgeschlossen sind. In der Thronrede sollen für das englische Wahlverfahren die Einführung der Stichwahl und eine entsprechende, dem Parlament vorzulegende Gesetzesvorlage angekündigt werden. Da aber die konservative Mehrheit des Oberhauses gegen jede Wahlrechtsreform ist und gegen den Willen des Oberhauses selbst eine im Unterhaus angenommene Vorlage nicht zum Gesetz erhoben werden kann, ist das Schicksal einer Wahlrechtsreform vorläufig noch sehr ungewiß.

Proteste gegen Englands neue Palästina-Politik

London, 25. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Dem konservativen Protest gegen die neue englische Palästina-Politik hat sich jetzt auch Lord George angeschlossen. Ebenso sandte General Smuts aus Südafrika ein Protesttelegramm an die Arbeiterregierung. MacDonald hat dieses Telegramm beherzigend erwidert, daß die neue Politik keinerlei Bruch mit der vergangenen bedeuten solle. Auch in verschiedenen Kreisen der Arbeiterpartei hat die neue Palästina-Politik für Palästina verstimmt gewirkt.

Nach dem Umsturz in Brasilien

Der bisherige Präsident gefangen Rio de Janeiro, 25. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der brasilianische Staatspräsident Luis, der von seinem Amt zurückgetreten ist, wurde auf Anordnung des dreiköpfigen Militärdirektoriums als Gefangener auf die Festung Capacabana gebracht. Luis Nachfolger, Prestes, der in drei Wochen sein neues Amt antreten sollte, ist von der Bildfläche verschwunden und verbirgt sich aller Wahrscheinlichkeit nach irgendwo im Bundesstaat Sao Paulo. Hier streckten die Bundestruppen erst in der Nacht zum Sonnabend die Waffen.

In einem Manifest des Direktoriums heißt es, daß der Umsturz in der Hauptstadt durch den Wunsch veranlaßt wurde, weiteres Blutvergießen zwischen den Brasilianern zu vermeiden. Der Umsturz in der Hauptstadt kam völlig überraschend und ohne Wissen der revolutionären Führer im Landesinneren. Inzwischen hat das Direktorium eine gemeinsame Konferenz sämtlicher revolutionären Truppenführer vorgeschlagen, die in der Hauptstadt des Landes stattfinden soll. Die Führer des Aufstandes im Landesinneren haben den Vorschlag angenommen.

Uneinigkeit zwischen den Revolutionären

Prestes, der vor wenigen Wochen neugewählte Präsident von Brasilien, ist von den Aufständischen in Sao Paulo verhaftet worden, als er gerade im Begriff stand, in einem Flugzeug nach Montevideo zu flüchten. Prestes soll nach Rio de Janeiro transportiert werden, wo er voraussichtlich vor einen Staatsgerichtshof gestellt werden wird.

Die Einigkeit zwischen den einzelnen revolutionären Gruppen läßt alles zu wünschen übrig. Konflikte scheinen unvermeidlich. So bezeichnen z. B. die Revolutionäre im Süden des Landes das Direktorium als unzuverlässig. Sie fordern das Amt des Präsidenten für den eigentlichen Führer des Aufstandes Vargas. Die Revolutionäre im Norden sind ebenfalls gegen das Direktorium. Sie bezeichnen die Einsetzung als ein Ablenkungsmanöver des gestürzten Präsidenten Luis.

Die Bestimmungen unter den Revolutionären haben in Sao Paulo bereits zu neuen Unruhen geführt. Fünf Personen wurden getötet, 29 verletzt.

Außerdem wurde ein riesiger Materialschaden verursacht. Der Rob zerstörte und verbrannte die Büros zahlreicher politischer Organisationen und führender Politiker. Für die nächsten Tage werden Massenplünderungen befürchtet. Die Polizei ist völlig machtlos.

Letzte Nachrichten

Schwerer Rangierunfall bei Rawlitz

Ein schwerer Rangierunfall ereignete sich in der polnischen Grenzstation Rawlitz. Infolge falscher Weichenstellung fuhr ein ungewöhnlich schwerer Wagon auf zwei Lokomotiven auf und ließ diese gegen das Lokomotivgebäude. Glücklicherweise befand sich zu dieser Zeit niemand in dem betreffenden Raum. Der Knarr war so hart, daß das Lokomotivgebäude einbrach. Der Heizer der einen Lokomotive erlitt dabei schwere Verletzungen. Der Schaden wird mit einer halben Million Zloty angegeben.

Eine Stadt durch Schwefel vernebelt

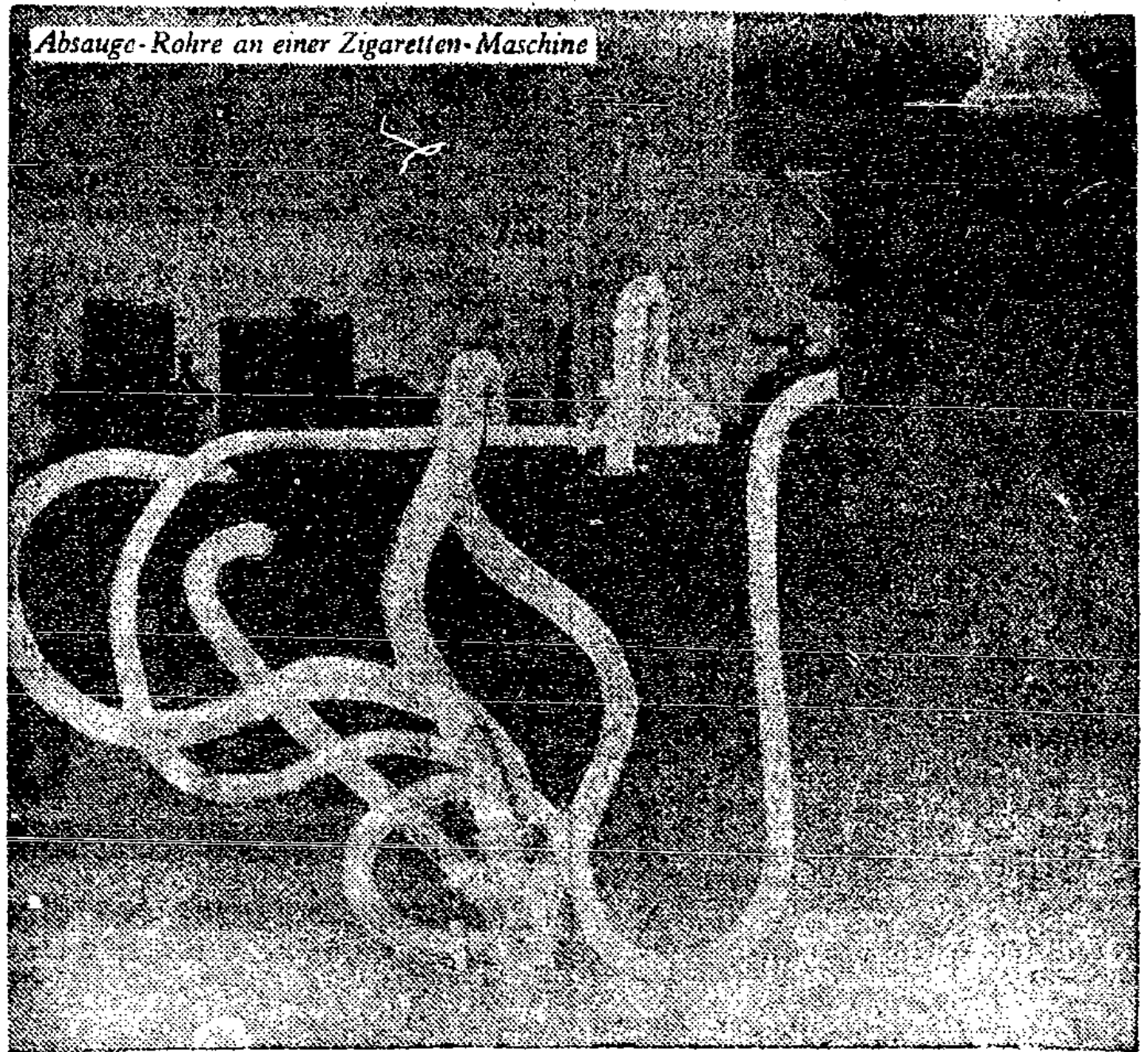
Durch Schwefel in Mexiko ist die Stadt Yama völlig vernebelt worden. Hunderte von Menschen haben in den Straßen den Tod gefunden. Auch die Stadt Yapur wurde von einer Schwefelwolke überflutet.

Schriften gegen die Krankentassen
(Schluß.)
III.

Nachdem Dr. B. mit größtem Geschick die bisherige Krankentassen in Grund und Boden verdonnert hat, sollte man erwarten, daß er die völlige Beseitigung dieser „staubwürgigen“ Institution fordern würde, wie dies von seinem Gefinnungsstande zu erwarten war. Doch Dr. B. ist bescheiden. Er will die Krankentassen wie bisher mit ihren Leistungen und Kosten (6 Prozent) im Wesentlichen bestehen lassen und nur die Neuerungen einführen. Aus dem Beitrage jedes Mitglieds soll die Krankentasse ein besonderes Sparkonto anlegen, in dem die Beiträge des Mitgliedes, also in der Regel bis zum Tode, mit Zins und Zinseszinsen aufbewahrt, als ein Vermögen für den Erben zurückbleibt. Von dem Konto sollen die Krankentassen die Kosten aller Leistungen abgeschrieben, die dem Mitglied von der Kasse gewährt werden. Sollte bei einigen Mitgliedern dadurch das Konto überschritten werden, so wird das Mitglied aus der Gesamtheit der Kassen gedeut. Durch dieses System, so meint Dr. B., würden die Ausgaben der Kassen enorm gespart werden. Denn jedes Mitglied, das die Kasse beanutzt, müßte die Kosten aus eigenem Vermögen, nämlich aus dem Sparkonto, bezahlen. Dr. B. unternimmt es nun, zu zeigen, wie große Ueberschüsse die Kassen, die dann zugleich als Sparparaffen darstellen, mit Sicherheit erzielen würden. Die Berechnungen sind ein Musterbild statistischer Ungeheuerheiten. Dr. B. vergleicht die Ausgaben der Kassen aus dem Jahre 1888 mit denen aus 1925 und die Differenz der Mehrkosten in 1925 pro Mitglied erklärt er als überflüssig gemacht. Er sagt, daß bei seinem System ersparten Ueberschuss. Dabei vergißt er alle Veränderungen vollständig, die sich in den vergangenen Jahren während der 37 Jahre vollzogen haben. Die Krankentassen sind aber bei den Ausgaben an Krankengeld und die Krankentassen haben erst ein Anrecht auf Krankengeld, die Einkommensgrenze für die Versicherungspflicht ist erhöht, die Zahl der weiblichen Mitglieder ist verhältnismäßig größer geworden, die freie Arztwahl wurde eingeführt, das wiederholte Auftreten von Grippeepidemien beginnt seit 1889 usw. Durch alle diese Umstände erhöhte sich die Ausgabe für Krankengeld sehr erheblich, während Dr. B. als Ursache nur die wachsende Begehrlichkeit der Mitglieder anführt, die bei seinem System wegfallen soll. Er schätzt den Ueberschuss auf 250 Millionen. Im besten Falle würde er nicht die Hälfte betragen. Ebenso steht es mit den Krankentassen, die seiner Angabe nach sich auf Dreifache gesteigert haben. Hier läßt er vollkommen außer acht, daß die Verpflegungskosten der Krankenhäuser auf das vier- bis fünffache erhöht worden sind — in Breslau von 0,80 bis 1,00 Mark pro Tag im Jahre 1925 auf 4 bis 5 Mark in 1925. Es ist daher auf eine Ueberschuss hier gar nicht zu rechnen; um so weniger, als Dr. B. sagt, von den Kassen sollte das ärztliche Honorar für alle im Hospital ausgeführten Operationen an die Hospitalverwaltung gehen. Dafür sollten die Kassenpatienten statt in großen Sälen nur in Sonderzimmern mit einem resp. zwei bis drei Betten, also nur erster oder zweiter Klasse untergebracht werden, Dr. B. ist humaner, aber recht utopischer Vorschlag. Auch hier sei eine Anekdote erinnert. Ein alter Mann in sehr ärmlichen Umständen merkt, daß seine Kräfte abnehmen. Er will ein Testament machen, geht zum Notar und sagt ihm: Soudjournel, 1000 Mark soll ein Hospital bekommen, mehrere 1000 Mark ein Haus und weitere Wohlfahrtsanstalten immer einige 1000 Mark. Der Notar blinzelt erstaunt auf und sagt: Ich habe nicht gehört, daß Sie ein so großes Vermögen besitzen. Der Mann sagt: Das besitze ich auch gar nicht, ich will der Welt zeigen, was ich für ein gutes Herz habe. Bei den Verwaltungskosten läßt Dr. B. Zweidrittel der Kosten durch sein System überflüssig, also abgebaut werden, nämlich wegen des Fortfalls aller Kontrahentmaßnahmen. Nur die Kosten hierfür bei der Breslauer Allgemeinen Krankentasse mit ihren 150 000 Mitgliedern etwa 6 bis 7 Prozent der gesamten Verwaltungskosten; für das Reich würden von 5 Millionen circa 5 Millionen in Wegfall kommen, während eine Ersparnis von 40 Millionen annimmt. Dabei wäre sein System eine Unmenge neuer Verwaltungsarbeit erforderlich. Für jedes einzelne Mitglied müßte ein eigenes Sparkonto angelegt werden, in welches jeder Beitrag zu- und jede Zahlung bei Inanspruchnahme der Kasse abgeschrieben wird; jedes Mitglied wird jedem Mitglied ein Kontoauszug überreicht, die vom Arzt an das Mitglied zu schickende Rechnung von diesem der Kasse zugestellt, die nach rechnerischer Berechnung dem Arzt den Betrag auszahlt usw. Nur für die Ärzte rechnet Dr. B. bei seinem System auf keine Ersparnis. Soll der Ausfall, der durch die angeblich auf ein Drittel reduzierte Patientenzahl entstehen könnte, dadurch ausgeglichen werden, daß die Ärzte ihre Honorarforderungen wie in der Praxis nach dem Einkommen kassieren, also wer einen hohen Beitrag an die Kasse zahlt als ein anderer, muß er doppelt so hohes Honorar für alle ärztlichen Leistungen zu zahlen. Im ganzen rechnet Dr. B. als Folge seines Systems auf einen Sparüberschuss von 600 Millionen Mark für ganzes Reich. Nach den obigen Darlegungen muß die Zahl der Mitglieder auf die Hälfte reduziert werden. Die 300 Millionen gehen aber auf 18,3 Millionen Mitglieder, so daß das Sparkonto sich auf 16 Mark belaufen würde — durchschnittlich, d. h. einige hätten mehr, andere hätten weniger. Man kann nun ernstlich erwarten, daß die Sorge um die Erhaltung dieses Sparkontos die große Mehrzahl der Kassenmitglieder veranlassen wird, sich erhebliche Beschränkungen in der Benutzung der Kasse aufzuerlegen? Wohlgerichtet, das Mitglied braucht ja nicht wie der Privatpatient das Geld für die Behandlung wirklich direkt aus seiner Tasche zu bezahlen, sondern nur auf ein Konto beziehen, dessen Bestand ein durchaus geringes Erbe für seine Kinder darstellt. Das Konto kann eine doch einmal mögliche schwere Erkrankung des Mitglieds oder seiner Angehörigen ganz oder zum großen Teil decken. Sodann besteht die Möglichkeit, daß eine große Anzahl Mitglieder, unbekümmert um das Konto, in rücksichtslosem Egoismus so hohe Ansprüche an die Kasse stellen —, was gibt es ja nicht —, daß der Gehaltbetrag aus den Konten entnommen werden muß. Dr. B. erzählt von solchen Abstreibungen, die zu seiner Kenntnis gekommen sind. Er sagt, daß ein weibliches Wesen eine Abstreibung unterlassen hat, um das nebelhafte Sparkonto für die Erben nicht anzuheben, die es schließlich nicht zur Welt bringen will? Dr. B. erzählt, viele Ärzte, denen er gesprächsweise seine Unkosten auseinandergesetzt habe, hätten diese gebilligt. Das ist der Herr Dr. B., wie die Verhandlungen des letzten Jahres zeigen, doch wohl anderer Ansicht. Die positiven Vorschläge Dr. B. sind ziemlich harmlos, aber die Angriffe, die er gegen die Krankentassen richtet, müssen ernstlich widerlegt werden, weil sie als Material benutzt werden können, um die Leistungen der Krankentassen zu verringern und den Mitgliedern die Erlangung von Krankengeld zu erschweren.

Bereitigung. In der ersten Fortsetzung dieser Besprechung Sonnabend, den 25. Oktober, 11. hinter der 40. Zeile infolge Verlesens eine Zeile fortgelassen. Es muß dort heißen: „Es gibt zu, daß auch von manchen Ärzten überflüssige Leistungen und kostspielige Eingriffe ausgeführt werden.“

**Du bist Gewerkschafter
du auch Genossenschaftler?**



STAUBFREIE ZIGARETTEN



**OVERSTOLZ
5 PF.
RAVENKLAU
6 PF.**

staubfrei
— schmecken
niemals bitter!

Sie können unsere Angaben nachprüfen: Wenn Sie durch eine HAUS NEUERBURG-Zigarette blasen - ehe sie brennt -, so werden Sie keine Spur von Staub bemerken.

Während im täglichen Leben der Kampf gegen den Staub noch immer nicht entschieden ist, haben wir die Mittel gefunden, um unsern Zigaretten den bitteren Tabakstaub fernzuhalten. Von dem Augenblick an, wo in unsern Fabriken der Luftstrom die Blätter aus der Pressung des Tabakballens löst, gelangt der Tabak in ein ganzes System von Absaugvorrichtungen. Ist er gemischt und vom Messer der Schneide-Maschine zerteilt worden, so lassen wir das Schneidegut von einem Gebläse vier Stockwerke hochheben und fangen dabei den Staub in Filterkammern auf. Wenn der Tabak jetzt auch staubfrei ist, so können bei seiner weiteren Verarbeitung doch wieder neue Staubteilchen entstehen. Wir haben darum auch in der Zigarettenmaschine noch einmal stark verzweigte Saugrohre eingebaut, so daß schließlich nichts anderes in die Zigarette gelangen kann als gesäuberter und völlig entstaubter Tabak. Das ist der Grund, weshalb die Zigaretten von Haus Neuerburg so rein schmecken und auch so köstlich sind.

